

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wils. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 19

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

Halver
Freitag, den 23. Januar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, Offsetgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsche Vertreter für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen Staatssekretär Trendelenburg wird nicht aus Paris abberufen, wie die französische Presse meldete. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

* Pariser Gilbert, der Generalagent für die Reparationen, erklärte in Paris vor der Reparationskommission, es bestehe Hoffnung, daß Köln und das Ruhrgebiet im April oder Mai geräumt werden könnten.

* Der Vatikan beabsichtigt, ähnlich wie in Bayern, auch Konfessionsverhandlungen für das ganze Reichsgebiet einzuleiten.

Unstimmigkeiten.

(Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)
e. Berlin, 21. Januar.

Das neue Kabinett befindet sich durchaus nicht in angenehmer Lage. Diejenigen, die es stützen sollen, sind nur laue Freunde. Vor allem ist durch die Erklärung, die die Zentrumspartei durch ihren Vorsitzenden Fehrenbach im Reichstag abgegeben ließ, die Lage noch schwieriger geworden als sie war. Der Vertrauensmann in diesem Kabinett, der Reichsarbeitsminister Dr. Braun, hatte vor kurzem durch ein recht auffälliges Dementi mitteilen lassen, daß er nicht etwa als ein Beobachtungsposten in ein Kabinett gestellt sei, sondern daß er sich durchaus und ganz als Vertrauensmann seiner Partei, also als Mitbeteiligter und Mitwirkender fühle, d. h. auch als Mitverantwortlicher. Aber die Erklärung, die von der Zentrumspartei bei der Aussprache über die Regierungserklärung abgegeben wurde, liegt in einer ganz anderen Richtung. Sie sagt, daß das Zentrum sich in keiner Weise als mitverantwortlich, als mitwirkend fühle, sondern daß es dem Kabinett Luther lediglich Gelegenheit geben wolle, zu zeigen, ob es etwas und was es leisten wolle, daß aber das Zentrum sich jederzeit das Recht vorbehalte, der Politik des Kabinetts seine Unterstützung zu versagen. Wenn das geschieht, ist das Kabinett gestürzt, denn das Zentrum verleiht ihm mit seinen Stimmen die Mehrheit.

Das wird noch ganz besonders deutlich dadurch, daß in der demokratischen Fraktion die Stimmen immer lauter werden, die sich dafür einsetzen, bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das neue Kabinett sich nicht der Stimme zu enthalten, sondern dagegen zu votieren. Das würde bedeuten, daß die demokratische Fraktion von ihrem ursprünglichen Entschluß, zu sehen, was das Kabinett Luther schließlich leiste, nun allmählich abzukommen droht und in eine Kampfstellung gegen dieses Kabinett hineingerät. Vielleicht spielen dabei gewisse Vorgänge, die sich am ersten Tage der großen Aussprache bei der Regierungserklärung im Reichstag ereigneten, eine nicht unerhebliche Rolle. Durch Zwischenrufe ist nach außen hin der Anschein gegeben worden, als ob die deutschnationale Fraktion jetzt nicht gewillt sei, sich grundsätzlich auf den Boden der zurzeit bestehenden Staatsform zu stellen. Daß sie vielmehr gewillt sei, trotz ihrer Stellung als Regierungspartei diese Streitpunkte hervorzuheben, obwohl sie lediglich theoretische Streitpunkte, also von gar keiner politischen Aktualität sind. Daß also die Deutschnationalen ihre Stellung als parlamentarische Regierungspartei gar nicht erkannt hätten. Diese Stellung heißt aber nichts anderes, als daß man ohne Versinnen sich dafür einsetzt, was der Vertrauensmann im Kabinett für richtig findet. Denn es ist ihr Mann und die Partei mißbilligt sich selbst, wenn sie die Politik ihres Vertrauensmannes im Kabinett mißbilligt.

Freilich sind diese Dinge nicht tragisch zu nehmen; sie werden aber natürlich von der Gegenseite praktisch ausgenutzt und dienen auch dem Zentrum als Begründung für sein kühles abwartendes Verhalten, als Begründung auch dafür, daß es sich keineswegs als Regierungspartei fühlen will. Andererseits hat das Kabinett Luther nicht das geringste Interesse daran, derartige Zwischenfälle wichtiger zu nehmen als sie sind. Und dieser Ansicht und Absicht ist ganz besonders der Vertrauensmann der Deutschnationalen im Kabinett, Herr Schiele, der als Reichsinnenminister der Träger der Innenpolitik ist. Das Kabinett Luther hat ja in seiner Erklärung ganz an den Anfang gestellt, daß es Wert darauf legt, jene Kreise zur Unterstützung zu gewinnen oder zum mindesten zu neutralisieren, die parlamentarisch nicht zur Regierungskoalition zu rechnen sind. Deswegen werden wir wohl darüber von dem Reichskanzler selbst noch nähere und eingehendere Erläuterungen hören.

Man kann politisch zu dem Kabinett Luther stehen wie man will, aber von Regierungskrisen hat das deutsche Volk genug und übergenug. Das Kabinett soll erst mal zeigen, was es will und was es leistet. Etwa auf Grund irgendwelcher Erklärungen, Zwischenrufe, Mißverständnisse oder dergleichen wieder in eine neue Krise hineinzurutschen, das verbietet sich von selbst. Laten entscheiden, nicht Worte. Nicht Erklärungen haben Wert, sondern lediglich das, was geleistet wird oder was nicht geleistet wird.

Ein Zwischenruf.

Berlin, 21. Januar.

Besonders auffällig, das nicht ohne Nachwirkung geblieben ist, rief in der gestrigen Reichstagsitzung der Zwischenruf „Gott sei Dank!“ hervor. Er wurde heute im Reichstag lebhaft beiprochen. Der Zwischenruf wurde gemacht, als der sozialdemokratische Redner Abg. Breitscheid das Kabinett als eine „Etappe auf dem Wege zur Monarchie“ bezeichnete. Der Ausruf stammte von dem deutschnationalen Abg. Eberling. Die Berliner deutschnationalen Parteiblätter rücken heute fast alle von diesem Zwischenruf ab.

Neue Erklärungen des Kanzlers

Deutscher Reichstag.

(10. Sitzung.) CB. Berlin, 21. Januar.

Die Aussprache über die Erklärungen der neuen Regierung wurde heute fortgesetzt, und zwar kam der Sprecher der Demokraten zunächst zum Wort.

Der demokratische Führer Dr. Koch

betonte, das ganze deutsche Volk sei einig in der Verurteilung der rechts- und vertragswidrigen Weiterbesetzung der Kölner Zone. Wenn wirklich Verfehlungen von untergeordneten Organen vorgekommen seien, so böten sie doch für die Nichträumung keinen Grund, sondern nur einen Vorwand. Seine Partei werde mit allen Kräften darauf dringen, daß solche Vorwände aus der Welt geschafft würden. Weber die Soldaten spielerei noch die Superflügheit untergeordneter Organe dürfe solche Vorwände schaffen. Wenn jetzt eine Rechtsregierung gekommen sei, so sei das die Folge der

fünfjährigen Bedrückung und Mißachtung Deutschlands durch die Entente, die dazu geführt habe, daß schließlich auch das Zentrum matt geworden sei. Jede Regierung werde die Außenpolitik fortsetzen müssen, die bisher seit 5 Jahren gemacht worden sei. Das beweise auch die Regierungserklärung. Die Deutschnationalen im Kabinett aber verschaffen Deutschland das Mißtrauen des Auslandes. Im Ausland begehe man den Irrtum, die Deutschnationalen für Wölfe in Schafspelzen zu halten. Tatsächlich hätten sie nur Wölfspejze umgehängt — was darunter stehe, brauche man nicht zu sagen. (Heiterkeit.) Seine Freunde wünschten von der neuen Regierung nicht Aggression und Aktivität, sondern Passivität und Zurückhaltung. Sie würden der Regierung in der Außenpolitik nicht von vornherein Opposition machen. Die

ablehnende Stellung seiner Partei zur neuen Regierung gründe sich auf die Art, wie sie zustande gekommen sei, durch den unnötigen Sturz einer Regierung, der seine Freunde volles Vertrauen geschenkt hätten. In der Regierungserklärung sei die Wahrung der Staatsautorität hervorgehoben worden. Dazu gehöre vor allem, daß dem Staatsoberhaupt, dem Reichspräsidenten, die schuldige Achtung und Ehrfurcht erwiesen werde. Er erinnere im Zusammenhange daran, daß der Deutschnationale Wähler Koch das Material gegen den Reichspräsidenten für den Magdeburger Prozeß gesammelt habe. Graf Westarp hätte in dieser Regierung den ersten Schritt zu einer weiteren Rechtsentwicklung erblickt.

Der Redner richtet die direkte Frage an den Reichskanzler, ob er jede Agitation gegen die Republik mißbillige. (Der Reichskanzler nickt.) Auf keinen Fall dächten seine Freunde daran, der Regierung Neutralität zuzufügen. Wenn die Antwort der Regierung befriedige, würden sie ihr zunächst freies Spiel lassen. Die historische Aufgabe dieser Regierung sei es, dem deutschen Volke zu beweisen, daß keine Partei in Deutschland in der Regierung eine andere Außenpolitik treiben könne als bisher.

Abg. Göttesen (Wirtschaftspartei) protestierte als Rheinländer gegen die Nichträumung der Kölner Zone. Trotz dieses schmachvollen Rechtsbruches würde die Tausendjahrfeier des Rheinlandes unter der Devise stehen: Sie sollen und werden ihr nicht haben, den freien deutschen Rhein. Solange noch ein feindlicher Soldat auf deutschem Boden stünde, solange stünden seine Freunde dem Völkerverbund sehr skeptisch gegenüber. Der Redner beantragte die Nachprüfung aller von den Befehlstruppen an Deutschen begangenen Verbrechen durch deutsche Gerichte. In der Innenpolitik erklärte der Redner, die Stellung seiner Partei zur Regierung würde von der pflichtgemäßen Behandlung der Mittelstandsfragen abhängen.

Abg. Leicht (Bayerische Volkspartei) hält es für sehr schwer, gegen die Regierungserklärung an und für sich vorzugehen. Er erklärte, daß das Zentrum sich seiner ausschlaggebenden Stellung wohl bewußt sei, daher habe es auch eine Fülle von Bedingungen gestellt. Mit Befriedigung hätte seine Partei auch vernommen, daß die Beziehungen zwischen Reich und Ländern gefördert werden sollen. Das Dawes-Abkommen könne unmöglich durchgeführt werden, wenn die deutsche Handelsbilanz weiter passiv bleibe. Die heimische Produktion müsse durch Schutzölle in den erforderlichen Grenzen geschützt werden. Seine Partei sei bereit, für die Erhaltung des sozialen Friedens Opfer zu bringen. Nicht weniger liege ihr aber auch die Erhaltung des konfessionellen Friedens am Herzen.

Der nationalsozialistische Abg. von Graefe stellte an die Spitze seiner Betrachtungen eine Äußerung Heinrich von Treitschkes, der in einem Vortrage einmal Frankreich als das typische Land der demokratischen Republik bezeichnet hatte, weil dort die Herrschaft der Börse über das Land und die Herrschaft Rothschilds über die Börse bestünde. Heute könnte er, so fuhr der Redner fort, Deutschland als Beispiel wählen. Er brauche nur statt Rothschild die Barmer, die Kustler und andere Schieber als Herrscher der Börse zu nennen. Seine Partei könne die Regierung niemals unterstützen, denn in dieser Pseudorepublik seien alle Regierungen nur Marionetten der tatsächlich regierenden Börse. Als der Redner ausführte, daß seine Partei wohlgeordnetes und gesichtetes Material in der Korruptionsangelegenheit hätte, entstand bei seinen Darlegungen großer Lärm bei den Sozialisten, die ihn zurufen, er solle doch damit herauskommen. Der Redner aber schaute dies ab, weil er sagte, er würde es später tun und dann immer noch früher als den Rufen lieb sei. Seine Partei verlange, daß den Abgeordneten die Übernahme oder Beibehaltung von Aufsichtsratsposten gesetzlich verboten werde. Insbesondere bemängelte der Redner, daß der frühere Reichsverkehrsminister Dörfel mit einem Mißgebalt an die Spitze der internationalen Reichsbahngesellschaft getreten sei. Der Redner schloß mit der Erklärung, seine Freunde könnten dem Billigungsantrag für die Regierung nicht zustimmen, sie würden aber kein Mißtrauen zum Ausdruck bringen, um nicht den Kampf der Wirth und Severing zu unterstützen.

Reichskanzler Dr. Luther spricht:

Der Kanzler stellte mit Befriedigung fest, daß sein außenpolitisches Programm im Reichstage eine breite zustimmende Front gefunden habe, auch bei den Parteien, die in der Regierung nicht vertreten seien und zum Teil seine Innenpolitik bekämpften. Diese Tatsache sei eine wesentliche Stärkung der außenpolitischen Position der Reichsregierung.

Er stellte weiter fest, daß in keinem Stadium der Verhandlungen über die

Räumung der Kölner Zone

von einer der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden sei, in der Weise, daß die Räumung der Kölner Zone in Verbindung mit der Räumung anderer Gebiete gebracht werde. Es sei eine falsche Annahme, daß durch die Entscheidung der Alliierten über die Kölner Zone auch die Ruhräumung verschoben worden sei. Der Kanzler erklärte dazu:

Uns liegen maßgebende Erklärungen der französischen Regierung vor, nach denen sich an den Zusagen des französischen Ministerpräsidenten nichts durch die Entscheidung über Köln geändert hat. (Lachen bei den Kommunisten.)

Zu den Fragen Dr. Breitschelds über die Zeitfreiwillingen kann ich erklären, daß die Regierung der Entente schon vor längerer Zeit eingehende Mitteilung darüber gemacht hat, daß sie in dieser Angelegenheit nur innerpolitische Gründe gehabt habe, die nicht mehr existieren. (Lärm bei den Kommunisten: „Dann seid Ihr ja Landesverräter.“)

Über diese Mitteilungen etwa hinausgehendes Material, über das die Entente verfügt, ist uns leider nicht zur Nachprüfung übermittelt worden. Die Befragung solcher Vorgänge, ich sage dies im Gegensatz zu Dr. Breitscheid, schadet uns doch, weil die Mitteilungen gewaltig übertrieben von der Auslandspresse in der ganzen Welt gegen uns ausgenutzt werden (Rufe rechts: Das ist nicht zu milde gesagt.) Auf die demokratischen Fragen habe ich zu antworten, daß für die vaterländischen Verbände ganz selbstverständlich wie für alle anderen die Gesetze in Anwendung gebracht werden. Graf Westarp wünschte auch wohl nicht eine Förderung der Verbände, sondern der vaterländischen Bewegung, die wir allerdings auch begrüßen. (Lachen links.) Ich bedaure, daß bei der Erörterung der Finanzstandale die Person des Reichspräsidenten in die Debatte gezogen worden ist. (Lachen bei den Kommunisten.) Der Gedankengang des Abg. Graefe hinsichtlich des Reichsbahnpräsidenten ist ganz unmöglich. Wir haben es gerade begrüßt, daß durch die Berufung des bisherigen Reichsverkehrsministers an diese Stelle die Kontinuität der Verwaltung gewährleistet wurde. Er bezieht auch kein höheres Gehalt wie vorher als Minister.

Unterbrechung der Sitzung.

Von den Kommunisten ertönten, als der Kanzler hiermit die Beantwortung schließen wollte, lärmende Zurufe: Sie haben noch nichts über Amnestie gesagt. Amnestie, Amnestie! Vizepräsident Dr. Nießer bemühte sich vergebens, mit der Glocke Ruhe zu schaffen.

Der Kanzler rief: „Ich habe zur Frage der Amnestie namens der Reichsregierung eine Erklärung nicht abzugeben.“

Seit Jahrzehnten besteht schon die gesetzliche Bestimmung, daß Beamte nur mit Zustimmung der Behörden Aufsichtsratsposten übernehmen dürfen und daß sie daraus keine Remunerationen beziehen dürfen. Minister, die in ein Kabinett eintreten, legen vorher ihre Aufsichtsratsposten nieder.

Hierauf wiederholten die Kommunisten ihre Rufe, und Vizepräsident Dr. Nießer drohte den Ausrufern den Ausschluß an. Der kommunistische Abg. Dr. Schwarz-Berlin rief weiter und wurde von der Sitzung ausgeschlossen. Trotz der wiederholten Aufforderung des Vizepräsidenten blieb er im Saale. Vizepräsident Dr. Nießer unterbrach die Sitzung auf 5 Minuten. Während der Pause verließ der Abg. Dr. Schwarz, begleitet von seinem Fraktionsfreunde Rath den Saal. Vizepräsident Dr. Nießer stellte dies nach Eröffnung der Sitzung fest und teilte mit, daß der Abg. Dr. Schwarz nunmehr auf die Dauer von 8 Sitzungen ausgeschlossen sei. Er erteilte dann dem Reichskanzler wieder das Wort.

Der Reichskanzler erklärte, die neue Regierung wolle sich eifrig der Interessen der Auslandsdeutschen annahmen. (Beifall.) Der Kanzler sagte weiter:

Über die Frage der Staatsform

habe ich mich in der Regierungserklärung unmißverständlich geäußert. Abg. Koch hat an mich die konkrete Frage gerichtet: „Mißbilligen Sie jede Agitation gegen die Republik?“ Selbstverständlich, ja. Allerdings beachte ich auch den Artikel 118 der Verfassung, der jedem Deutschen das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der gesetzlichen Schranken einräumt.

Es liegt bereits ein einmütig gefaßter Kabinettsbeschluß vor, daß die Staatsform nicht geändert werden soll. (Lachen links.) Wir ist es sehr ernst darum, in dieser unser Volk spaltenden Frage der Staatsform schon bei Beginn meiner Tätigkeit die Einmütigkeit der Regierung festzustellen.

Zu den Angriffen gegen die Minister Dr. Neuhaus und von Schlieben erklärte der Kanzler, bei beiden handele es sich um Persönlichkeiten, die die besten Kräfte des Beamtentums für die Regierungsarbeit mitbrachten. Dr. Neuhaus sei, um seine außerordentlich geschätzte Kraft dem Ministerium zu erhalten, in einem sehr schmeichelhaften Briefe von der Leistung des Verfassungsausschusses entbunden worden. Der Brief trug die Unterschrift des damaligen Ministers Fischbeck. (Große Heiterkeit.) Herr von Schlieben habe unter vier Finanzministern, Wirth, Hermes, Hilferding und Luther, eine schwierige Tätigkeit gehabt und die volle Anerkennung dieser Minister gefunden. Der Johanniterorden, dem er angehöre, sei eine unpolitische Einrichtung der Wohltätigkeit.

Der Reichskanzler wies darauf hin, daß er sich vergeblich bemüht habe, linksstehende Persönlichkeiten für das Kabinett zu gewinnen. Wenn in den nächsten Tagen die Regierung die Billigung der Mehrheit finden sollte, so werde sie alle Kräfte für das Wohl des Volkes einsetzen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Preussischer Landtag.

(7. Sitzung.)

tt. Berlin, 21. Januar.

Bei der Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung und den Verbleib oder Austritt des Ministeriums Braun ergriff heute bei Beginn der Sitzung das Wort wieder

Ministerpräsident Braun.

Er wandte sich gegen die einzelnen Redner der Opposition, nannte den Abgeordneten Ladebors von der Wirtschaftspartei einen Demagogen und den nationalsozialistischen Abgeordneten Wulle einen Verleumder. Dabei entstand großer Lärm im Hause, wobei sich die feindlichen Parteien zu überschreien versuchten. Wenn die Rechte jetzt von Korruption und dergleichen spreche, so beabsichtige sie lediglich, ihre politischen Absichten zu verfolgen, nicht der Reinigung zu dienen. Denn im alten Preußen seien die Standale mindestens so schlimm gewesen unter Führung der regierenden Konservativen. Man brauche nur die Memoiren des Grafen Eulenburg zu lesen. Und die großen Inflationsgewinner hätten meist zu Kreisen gehört, die der Rechten näher standen als der Sozialdemokratie. Wenn Hunderttausende von Mittelstandseigentümern zu Bettlern geworden seien, so seien diejenigen daran schuld, die die Steuern mit entwerteten Geldern gezahlt haben, so seien Regierungen daran schuld wie das Kabinett Cuno.

Abg. Stenkel (Dt. Vp.) hält dem Redner vor, er habe hier nicht als Ministerpräsident gesprochen, sondern als sozialdemokratischer Abgeordneter. Der Ministerpräsident hat alle Schuld denen gegeben, die den Krieg gemacht haben. Das ist das antinationalste Wort, das je ein Ministerpräsident gesprochen hat. Unsere Stellung zur Verfassung ist richtig, unser Standpunkt ist der Grundgedanke der Verfassung. Man hat uns angegriffen wegen unseres Verhaltens am 9. Januar bei dem Protest wegen Köln. Hier handelt es sich darum, daß die Absicht des Ministerpräsidenten weniger auf eine würdige Rundgebung hinausging, sondern darauf zu dokumentieren: „Mir kann keiner!“

Die Deutschnationalen verlassen den Saal.

Nach der Rede des Abg. Stenkel erhob sich wieder Ministerpräsident Braun, um auf Anschuldigungen, daß er in der Kriegsschuldfrage antinational gesprochen habe, zu erwidern. Braun verlas nach dem Stenogramm, was er gesagt hatte. Der Satz lautet: „Wenn überhaupt Menschen die Revolution geschaffen haben, so waren es erstens die Kräfte, die zum Kriege geführt und ihn bis zum Weisblut forgesetzt haben.“ Das Wort erhalte er vollständig aufrecht.

Bei den Deutschnationalen bricht hier große Unruhe aus, sie erheben sich mit Pfuirufen und verlassen den Saal.

Ministerpräsident Braun verliest einige Äußerungen von alldeutschen Politikern aus dem Jahre 1913, in denen der Krieg herbeigewünscht worden sei. Solche Kriegshetzer habe es auch in Frankreich und Rußland gegeben. Er, Braun, halte trotzdem die Behauptung im Versailler Vertrag von der Alldeutschen Deutschlands am Kriege für die größte Geschichtslüge. Aber diese Geschichtslüge dürfe nicht durch eine andere Lüge ersetzt werden, sondern nur durch die Wahrheit, und einem preussischen Ministerpräsidenten muß es erlaubt sein, im Parlament Preußens der Wahrheit die Ehre zu geben.

Minister des Innern Seevering.

Auch mir hat man in der Öffentlichkeit Landverrat vorgeworfen und mir unterstellt, ich hätte in Wahlversammlungen von der Schuld Deutschlands am Kriege geredet. Ich habe mich in allen Wählerversammlungen genau so geäußert wie eben der Ministerpräsident. (Lebhafte Hört! hört! rechts.) Ich habe gesagt, daß die Behauptung des Versailler Vertrages eine Schuldfrage ist und ich habe erklärt, unsern Einfluß in der Sozialdemokratie benutzen zu wollen, um diese Lüge als Lüge zu kennzeichnen; aber ich habe wie der Ministerpräsident hinzugesagt, daß die kaiserliche Politik bis 1914 mit der Atmosphäre geschaffen hat, die im Juli 1914 zum Kriegsausbruch führte. (Stürmische anhaltende Pfuirufe auf der Rechten.) Ich habe am vorigen Sonntag die Freude gehabt, in einer Versammlung, in der der Gouverneur Dr. Schnee, Mitglied der Deutschen Volkspartei, und der Professor Deißmann auftraten, beide Redner meine Auffassung der Kriegsschuldfrage vollständig teilen zu hören. (Große Unruhe rechts.) Zu meiner Genugtuung sprach auch der Gouverneur Schnee von einer Schuld der deutschen Politik vor dem Kriege. (Große Unruhe und stürmischer Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.) Wer an diesen Feststellungen vorbeigehen zu können meint, ist entweder ein Idiot oder ein Narr. (Neuer Entrüstungssturm rechts; Rufe: Alles unwahr!) Der Redner setzt sich dann mit der Deutschen Volkspartei auseinander, spricht gegen die rechtsstehenden Organisationen, gegen die Angriffe der Deutschnationalen gegen ihn, die er als nicht an seine Fußstapfen heranreichende Lügen bezeichnet. Der psychologische

Moment für eine Rechtsregierung soll jetzt gekommen sein. Meines Erachtens ist eine stabile Regierung nur zu schaffen auf dem Boden der Großen Koalition. (Stürmischer Beifall in der Mitte; anhaltende Widerspruchsländgebungen rechts.)

Abg. Dr. Preuß (Dem.) weist die Gründe der Deutschen Volkspartei für Sprengung der Großen Koalition als nicht stichhaltig zurück. Weil der Vorwurf der Korruption erhoben wurde, ob wahr oder unwahr, soll die Koalition verschwinden. So kann man nicht argumentieren. Hat sich doch auch Herr Stresemann angreifen lassen müssen wegen eines Schwiegerbraters, den er gar nicht bejaß.

Abg. Freiherr v. Wangenheim (Wirtschaftspartei) spricht gegen das Weiterbestehen der Regierung Braun. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Schwend (Komm.) vertritt den bekannten Standpunkt seiner politischen Freunde. Ein erneuter Schlußantrag wird wieder abgelehnt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Auslandskredite der Länder und Gemeinden.

Die im Reichsfinanzministerium von einer Kommission vorbereiteten Richtlinien für die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder und Kommunen sind nunmehr von den Ländern angenommen worden, so daß die in den Richtlinien vorgesehene Beratungsstelle für Auslandskredite der Länder und Kommunen ins Leben getreten ist.

Pariser Gilbert über die Nichträumung Kölns.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, sprach, wie aus Paris berichtet wird, in einer Sitzung der Reparationskommission über den Stand der Ausführung des Dawes-Planes und stellte fest, daß der neue Reichskanzler bereit sei, den Plan durchzuführen. Er erwähnte dann, daß die Nichträumung der Kölner Zone die Ausführung des Dawes-Planes in Mitleidenschaft zu ziehen drohe; man glaube aber, daß bald eine freundschaftliche Lösung gefunden und daß diese Zone gleichzeitig mit dem Ruhrgebiet im April oder Mai dieses Jahres geräumt werden werde.

Auch ein Konkordat mit dem Reich?

In Kreisen des Vatikans wird aus Rom mitgeteilt, daß auf Grund der Unterzeichnung des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern der päpstliche Nuntius Pacelli sich demnächst nach Berlin begeben wird, um mit der Reichsregierung wegen der Unterzeichnung eines Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Deutschland Verhandlungen anzuknüpfen. Das neue Konkordat soll an die Stelle des zwischen dem päpstlichen Stuhl und Preußen abgeschlossenen treten.

Ein Nachspiel zum Ebert-Prozeß.

Landgerichtsdirektor Kroner in Berlin hatte in einem Zeitungsartikel dem Magdeburger Schöffengericht, das Landgerichtsdirektor Dr. Bewersdorff leitete, vorgeworfen, es habe sich im Ebert-Prozeß einer „jammervollen, schamlosen, feigen, verächtlichen Konklusion“ schuldig gemacht. Wegen dieser Äußerung ist, wie der preussische Justizminister auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtage mitteilte, gegen Kroner die öffentliche Klage wegen Beleidigung erhoben worden. Nach rechtskräftiger Erledigung des Strafverfahrens soll die Angelegenheit im Disziplinarwege weiter verfolgt werden.

Der Vorsitz im preussischen Staatsrat.

Der preussische Staatsrat nahm in seiner ersten Sitzung im Jahre die Wahl des Vorstandes vor. Als Präsident wurde der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer, als Vizepräsidenten Graf Graf (Soz.) und Hallensleben (Arbeitsgemeinschaft) wiedergewählt. Dr. Adenauer übernahm darauf den Vorsitz und gebachte der Verlängerung der Befehle der nördlichen Rheinlandzone und der Übernahme westpreussischer Orte an der Weichsel durch die Polen. Es wurde feierlicher Protest erhoben und die Reichsregierung gebeten, sich mit aller Kraft für die Erfüllung des Versailler Vertrages einzusetzen.

Präsidiumswahl im mecklenburgischen Landtag.

Bei der Eröffnung des Landtages war eine Neuwahl des Präsidiums vorzunehmen, da man im Dezember v. J. die Sitzung nicht vertagt, sondern Sessionsluß gemacht hatte. Zum ersten Vorsitzenden wurde Abgeordneter Metterhausen (D. Nat.), zum stellvertretenden Vorsitzenden Abgeordneter Schröder (Soz.) wiedergewählt.

Mama reibt sich noch auf.

„Du kannst es nicht ändern, Thora.“

„Ich versuche es wenigstens. Und wenn er kein Einsehen hat, daß es so nicht weitergeht, dann begehle ich einen Gewaltstreik.“ — „Na, brauchst nicht zu erschrecken, Große. Ich meine biblisch! Oder glaubst du ich würde durchgehen? Dazu habe ich kein Talent. Bedenke auch, was die Leute sagen würden. Nein, ich heirate einfach, wer mir über den Weg läuft — gleichviel, wer es ist, nur vorausgesetzt, daß er das nötige Kleingeld hat. Unter zwei Millionen me ich es nicht. Ich habe es satt, dieses Scheinleben. Nach außen hin flott auftreten und innen jeden Groschen wie die kleinste Bürgersfrau ängstlich umdrehen! Die Handschuhe fünfmal mit Benzin waschen, sich die Kleider selbst arbeiten, wenn wir auch „Feenhände“ haben, wie neulich die Huttenbach mit ihrem süßesten, falschen Lächeln sagte, als sie mein aufgearbeitetes Taffetkleid bewunderte.“

„Ist das eine Schande, Thora?“

„Nein. Aber ich habe eben keine Lust mehr, so weiter mitzumachen! Und so knappes Taschengeld, mit dem hinten und vorn kein Auskommen ist.“

„Aber dann laßt man sich auch keine feidenen Strümpfe, das Paart zu acht Mark, Thora!“

Thora machte eine ungeduldige Schulterbewegung. „Ich kann nun einmal keine wollenen Strümpfe tragen, Gisela! Oder soll ich mir selbst welche stricken? So praktisch bin ich noch nicht geworden! Genug, daß ich mir die Kleider selbst nähe. Zwar, um gerecht zu sein: du tust es eigentlich, und ich helfe nur so zum Schein. Du bist eben die beste, selbstloseste Schwester, ganz der Mama nachgeartet — und ich habe viel vom Papa — leider. Doch es ist nicht zu ändern. Ich habe so gar keine Talente — nur Talent zum Gelbwaschen für schöne Dinge, an denen ich eine fast kindische Freude habe. Elegante, geschmackvolle Toiletten, seidene Strümpfe, Spitzenwäsche — überhaupt Luxus, Luxus in jeder Art, der ist mir Lebensbedürfnis. Und gerade ich muß ihn entbehren! Aber lange will ich das nicht mehr — ich kann einmal nicht im Schatten leben!“

„Und ist das Leben im Schatten einer lieblosen Ehe nicht noch viel schwerer zu ertragen, Thora? Wenn dein Herz einmal sprechen wird —“

Frankreich.

X Rußland und der Vatikan im französischen Parlament. In der französischen Kammer sprach bei der Beratung über den Etat für auswärtige Angelegenheiten der radikale Abgeordnete Henri Simon über Frankreichs Beziehungen zu Sowjetrußland und zum Vatikan. Er wandte sich gegen die von den Sowjets im Auslande betriebene Propaganda und verlangte, daß die Sowjetregierung vor der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Frankreich die Schuldenfrage regelt. Simon erörterte dann die Frage der Aufhebung der Botschaft beim Vatikan und behauptete u. a., daß der Papst sich während des Krieges zugunsten Deutschlands ausgesprochen habe. Ministerpräsident Herriot betonte, daß die Russen neue Kredite in Frankreich nur dann finden könnten, wenn sie sich den geltenden Regeln des Handels und den internationalen Regeln der Politik unterwürfen.

Nordamerika.

X Senatsurteil im Petroleumskandal. Der Senat der Vereinigten Staaten hat mit 40 gegen 38 Stimmen den Bericht der Mehrheit der Untersuchungskommission über den Petroleumkonzessionskandal ratifiziert. Nach dem Bericht ist die republikanische Partei für diese fraglichen Handlungen verantwortlich. Es handelt sich bekanntlich um die gescheiterte Verpachtung wertvoller Petroleumländereien an einige Großindustrielle. An den Schiebung waren auch mehrere frühere Minister der Harding-Regierung beteiligt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der frühere Reichstagsabgeordnete v. Heydebreck ist verhaftet worden. Heydebreck wurde von der Staatsanwaltschaft in Weiden (Oberpfalz) auf Veranlassung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gesucht wegen Beteiligung an den anlässlich des Hitler-Putsches im November 1923 in Oberpfalz entstandenen Unruhen.

Berlin. Der vom Reichstag zur Untersuchung der Barma-Affäre eingesetzte Ausschuss tritt zu seiner ersten Sitzung am kommenden Sonnabend zusammen.

München. Freiherr von Zucher, der bis zum Ausbruch der Revolution bayerischer Gesandter am Wiener Hofe war, ist hier im Alter von zweiundsiebzig Jahren gestorben.

Mainz. Wie die Agentur Havas erklärt, ist sie in der Lage, die Nachricht, daß in München die Lage der Belagerungszustand verhängt worden sei, zu dementieren. Lediglich Ansammlungen auf der Straße seien verboten sowie der Nachverkehr eingeschränkt worden. Auch diese Maßnahmen seien bereits wieder aufgehoben worden.

Blaidach (Schwaben). Hier wurden drei Kommunistenführer in ihren Wohnungen verhaftet. Einer davon wurde nach München ins Gefängnis eingeliefert.

Genf. Die Republik Costarica hat ihren Austritt aus dem Völkerbund erklärt. Der Austritt wird jedoch erst am 1. Januar 1927 endgültig.

Luxemburg. Da die Regierung bei ihrem Antrag auf Eisenbahnkonvention mit Belgien eine Niederlage erlitt, trat das Kabinett zurück.

Paris. „Newport Herald“ meldet aus Peking, daß Rußland von Japan auf Grund eines Vertrages anerkannt werden würde, der in 14 Tagen zu ratifizieren sei.

Wien. Es steht wieder eine Ausweisung deutscher Staatsangehöriger aus dem an Polen abgetretenen Gebiet bevor. Es handelt sich um 30 000 Personen, die für Deutschland optiert haben. Den Grundbesitzern soll eine einjährige Räumungsfrist zugestanden werden.

Trendelenburg nicht abberufen.

Berlin, 21. Januar.

Französische Blätter hatten gemeldet, daß die Reichsregierung erwogen habe, den Leiter der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, aus Paris abberufen und durch einen anderen Unterhändler zu ersetzen. Diese Meldung entspricht, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Der Gedanke, einen Wechsel des Verhandlungsleiters herbeizuführen, ist von keiner Stelle erwogen worden. Die Reichsregierung steht in enger Fühlung mit dem Leiter der Delegation. Der Fortgang der Verhandlungen zeigt zur Genüge, daß es der deutschen Regierung daran, gelegen ist, zu einem den wirtschaftlichen Interessen Rechnung tragenden Aberein-tommen zu gelangen.

Vokales und Provinzielles.

Salver, den 23. Januar 1925.

□ Die Küche im Januar. Der Januar mit seinen Festen und Vergnügungen mannigfacher Art, denen man sich nicht immer entziehen kann, auch wenn man die redliche Ab-

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von Fr. Lehne.

2) (Nachdruck verboten.)

„Ach, wer doch auch den Optimismus deiner siebzehn Jahre hätte, Anneliese!“ seufzte Thora. „Dir hängt der Himmel noch voller Geigen. Mache du aber erst, wie wir, verschiedene Balkenwinter mit, komm du auch in die Zwanzig, dann werden deine Erwartungen schon herabgestimmt werden.“

„Ich werde keinen mehr mitmachen — habe von dem einen schon genug. Ich danke dafür, als Komtesse Bernhausen auf dem Präsentierteller zu sitzen und mich zu plagen und standesgemäß zu benehmen. Ich habe doch immer daneben, obgleich ich in euch die vollkommensten Vorbilder habe! Hier gefällt es mir überhaupt nicht. In dem kleinen Haus, wenn es auch Villa genannt wird, ist alles so eng. Warum bleiben wir nicht auch im Winter in Bernhausen? Dort ist's viel schöner und freier.“

„Und einsamer! Da kriegen wir erst recht keinen Mann! Hast du dort Offiziere zum Tanzen? Jummchen, das verstehtst du nicht! Dort hat Papa keinen Klub, in dem er seine Tage verbringen kann, dort ist kein Variete, keine Operette, dort hat er keine Gelegenheit zum Spielen, denn wen hätte er da als standesgemäße Verfehr? Doch nur den früheren Müller Kruse, der sich seit zwei Jahren auf dem schönen Nichthofen-Gut breit macht. Kann er zu dem Manne auf die Jagd gehen? Doch ausgeschlossen! Du siehst also, wir müssen hier in der Stadt sein, um den Winter angemessen totzuschlagen. Der Sommer bleibt für das Land. Anders geht es bei so hochgeborenen Leuten wie wir nicht — also füge dich!“

„Du bist furchtbar, Thora!“ sagte Gisela, der die bittere Ironie der Schwester wehe tat, obwohl die nur aus sprach, was sie selbst oft schon gedacht. Wir müssen uns ja fügen, denn Papa mit seiner unwiderstehlichen Liebeswürdigkeit zwingt uns allen seinen Willen auf, aber —“

„Ich habe ihn längst in meinem Egoismus erkannt. Neber mich hat er keine Macht. Ich werde ihm näher kommen und gründlich meine Meinung sagen. Die arme

„Das wird nicht sprechen! Glücklicherweise habe ich keine. Es ist nur unnützer Ballast. Und für mich ist Armut und Dürftigkeit das schwerste. Ach, wenn du wüßtest, wie inbrünstig ich mich hinaussehne aus der Verlorenheit meines Lebens!“

„Dann läge doch nicht mit, Thora!“ sagte Anneliese. „Das ist doch sehr einfach — mache es wie ich. Ich streife. Ich will wieder hinaus nach Bernhausen, und wenn ich mit der alten Mama allein soll!“

„Die arme Mama — wenn sie euch hörte! An sie denkt ihr wohl gar nicht!“

„Mama geht mit uns. Papa mag allein hierbleiben und sich eine möblierte Wohnung mieten. Wir geben den ganzen Haushalt hier auf, entlassen vor allem das anspruchsvolle Personal und —“

„Das ist ja die reine Verschönerung des Fiesko zu Genual!“ Thora lachte herzlich über Annelieses Eifer. „Ach, du Dummchen, du kannst die Sache auch nicht ins Gleichgewicht bringen. Papa wird sich köstlich über dich amüsieren und dann zur Tagesordnung übergehen.“

Sie erhob sich und schritt mit weichen, lässigen Bewegungen der Tür zu. „Kommt, Kinder, es wird jetzt Zeit! Sonst fällt es Papa gar ein, uns hier in unserer Arbeitsstube aufzusuchen. Wir wollen ihn unten feierlich erwarten. Er hat es gern, wenn seine schönen Töchter ihn begrüßen.“

Doch die Schwestern ließen sie allein gehen.

Im Wohnzimmer trat Thora ans Fenster, die Hände auf dem Rücken verschränkt, und blickte in Gedanken verloren auf die Straße hinaus, als ihr Vater über die Schwelle trat. Sie wandte sich ihm halb zu und neigte den Kopf. „Guten Abend Papa!“

„Gut'n Abend Döchtling! Na, gibst's keine Hand und keinen Fuß zum Willkommen?“ Er trat zu ihr heran.

Ihre feinen Nasenflügel bewegten sich zitternd in seiner Nähe. Sie bog sich zur Seite. „Die Hand — ja! Einen Fuß — nein! Du riechst mir zu sehr nach Zigarren, Alkohol und süßlichem Parfum! Das ist mir widerwärtig, du weißt es.“

Auf seinem jovialen Lebemannsgesicht kämpften Ärger und Belustigung. „Spricht man so mit seinem Vater?“

Fortsetzung folgt.

Eingefandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

Das Transformatorenhaus auf dem Marktplatz in Halver.

Bei dem ersten Ausbau der Leitungsanlage zu Versorgung des Ortes Halver wurde auf dem Marktplatz eine runde Transformatorensäule von ca. 2 Meter Durchmesser errichtet. Dieses war im Jahre 1908. Der Transformator zur Versorgung einer Ortschaft muß aus technischen Gründen möglichst in der Mitte des zu versorgenden Gebietes liegen.

Nach dem Aktienvertrag, den die Gesellschaft Mark mit dem Aktionär-Gemeinden und Aemtern abgeschlossen hat, sind die Gemeinden verpflichtet, für Errichtung der Transformatorenstationen die Straßen oder öffentliche Plätze zur Verfügung zu stellen. Solche Bestimmungen in dem Versorgungsvertrag aufzunehmen ist seit Jahrzehnten üblich gewesen, und sind in allen Städten auf Plätzen oder an Straßen Transformatorensäulen oder Häuschen aufgestellt.

15 Jahre hat die Transformatorensäule auf dem Marktplatz in Halver gestanden, ohne daß auch von irgend einer Seite darüber etwas bemängelt worden wäre.

Die starke Zunahme im Stromabsatz in Halver verlangte auch eine Vergrößerung des Transformatoren und eine Verstärkung und Verbesserung der Sicherungs- und Schalteinrichtungen im Kabelnetz. Die bei Errichtung des Werks geschaffenen Schaltkästen, Sicherungen etc. wurden zu klein und verursachten häufigere Störungen bzw. Unterbrechungen in der Stromlieferung. Die Kabelnetze waren maßstabgemäß angelegt, bei Auftretung eines Fehlers wurde fast der ganze Ortsbezirk in Mitleidenchaft gezogen. Unter Aufwendung erheblicher Kosten ist dann im vorigen Frühjahr das Kabelnetz derart umgeändert, daß die einzelnen Straßen strahlenförmig, von dem Transformatorenhaus ausgehend, belieft werden. Bei einer Störung bleibt diese auf einen engen Bezirk auf einen Kabelstrang begrenzt. Die gewählte Anordnung stellt also eine erhebliche Verbesserung in der Stromversorgung dar.

Die Einrichtung zur Verbesserung in der Anordnung in der alten, inzwischen morsch gewordenen eisernen Transformatorensäule war technisch nicht möglich. Wie in dem ganzen übrigen Bezirk, so auch in Halver, wurde die eiserne Säule durch ein gemauertes Transformatorenhaus ersetzt. Da die Zuführungs- und die Abgangskabel aber alle zum Marktplatz lagen bzw. verlegt wurden, war es ganz natürlich, daß an dieselbe Stelle, wo früher die Säule stand, das neue gemauerte Transformatorenhaus errichtet wurde.

Die zur Errichtung eines Baues erforderliche baupolizeiliche Genehmigung wurde seitens der Mark bei der zuständigen Verwaltung nachgesucht, letzterer dabei aber seitens der Mark anheim gegeben, bei Einhaltung der inneren Maße des Gebäudes die äußere Gestaltung des Transformatorenhäuschens so vorzuschreiben, wie es seitens der Verwaltungsstelle gewünscht wurde. Die Baukommission wollte anfangs die Errichtung des Transformatorenhäuschens auf dem Marktplatz nicht genehmigen. Es fand unter dem Vorsitz des Gemeinde-Vorstehers (der Herr Amtmann war seinerzeit in Urlaub) ein Orts-Termin auf dem Marktplatz statt, zu der auch Vertreter der Mark geladen waren. Die Vertreter der Mark se-

ten der Kommission in der Besprechung eingehend die Notwendigkeit der Errichtung des Transformatorenhäuschens auf dem Marktplatz auseinandersetzen; sie wiesen daraufhin, daß die Zunahme des Stromverbrauchs und die zweckmäßige Abänderung des Leitungsnetzes und endlich das Unbrauchbarwerden der alten Blechsäule die Veranlassung zu dem Vorhaben der Mark seien. Die Kommission hat, wenn irgendmöglich, das Transformatorenhaus anderweitig zu errichten. Der Vertreter der Mark erklärte sich hierzu bereit, wenn ein anderes Grundstück an der Peripherie des Markplatzes dem E. W. Mark zur Verfügung gestellt würde. Man griff dann auf das Grundstück des Kaufmanns Fastenrath zurück, Herr Fastenrath, der zu der Besprechung hinzugezogen wurde, lehnte jedoch die Hergabe des Grundstücks ab.

Nach dieser Verhandlung mit der Kommission, nachdem über die äußere Ausstattung des Transformatorenhäuschens der Bauachverständige des Kreises Altena über die Ausführung des Transformatorenhäuschens gehört war, erhielt das E. W. Mark die baupolizeiliche Genehmigung zur Errichtung des Transformatorenhäuschens auf dem Marktplatz, und zwar nicht in der Ausführung wie es Mark gewünscht und vorgeschlagen hatte, sondern in der von dem Bauachverständigen vorgeschriebenen Ausführungsweise.

Es ist bedauerlich, daß dieses Transformatorenhaus in der Bürgerchaft so viel Aufsehen und Unwillen erregt hat. Das E. W. Mark hat hieran keine Schuld, es hat von seinem vertraglichen Recht Gebrauch gemacht und mit Genehmigung der zuständigen Dienststellen das Haus errichtet.

Die Erregung so vieler hätte sich vermeiden lassen wenn ein einzelner Bürger ca. 30 qm seines Grundstückes hergegeben hätte.

Sagen, den 16. Januar 1925.

Kommunales Elektrizitätswerk Mark Akt.-G.
ppa. gez. Köttler.

Wetter-Aussichten.

24. Jan.: Wolken, Niederschläge, milde, teils naßkalt.
25. " Wenig verändert.
26. " Veränderlich, Tags gelinde.
27. " Wolken, stichweis Niederschlag, Wind, ziemlich kalt.
28. " Raum verändert.
29. " Veränderlich, Wind, teils Sturm.
30. " Wenig verändert, gelinde.
31. " Wolken, Wind, teils Niederschlag, naßkalt.

Spiel und Sport.

Sp. Überraschung im Sechstagerrennen. Die fünfte Nacht hat noch die erwartete Überraschung gebracht. Kurz nach der Wertung wurde folgender Spruch des Schiedsgerichts verkündet: Die Proteste von Kempen-Sawall, Levanow-Bauer werden zurückgewiesen. Die Mannschaft Mütt-Aerts erhält statt der Strafrunde Geldstrafen von 300 Mark. Das Publikum beantwortete diesen Spruch, der seiner Meinung nach die Mannschaft Mütt-Aerts unbedeutend an die Spitze brachte, mit einem wüsten Pfeifenkonzert, das fast eine halbe Stunde dauerte. von Kempen machte Miene, aus dem Rennen zu gehen. Er fuhr ganz allein etwa eine halbe Runde hinter dem Feld her, vom Publikum mit lauten Beifalls- und Bravourrufen überschüttet. Noch hatte sich das bis auf den letzten Platz besetzte Haus nicht beruhigt, da entfiel kurz nach 3 Uhr Bauer eine wilde Jagd. Aerts erschien nicht, und plötzlich

Auf zum Geräte-Wettkampf Rodt-Müllersbach, Halber, Kierspe am 25. Januar in Kierspe.

fiel auch Grenda vor. Alle Fahrer kamen auf die Bahn, und als das Rennen nach 20 Minuten abgeläutet wurde, weil Mütt und van Kempen gestürzt waren, war auch die Überwindung gelungen. Es wurde folgender Stand des Rennens verkündet: Spitzengruppe Mütt-Aerts 192 Punkte, Grenda 169 Punkte, Egg-Krupat 83 Punkte, Salbow-Lorenz 64 Punkte, Grenda-Mac Beath 61 Punkte.

Börse und Handel.

* Berliner Börsenbericht vom 21. Januar. Überraschenderweise zeigte die Börse eine allgemeine Abschwächung, das Publikum verhielt sich außerordentlich zurückhaltend und das Geschäft wurde fast ausschließlich von der Spekulation bestritten. Als Grund gab man die unsichere innerpolitische Lage an, überdies hat sich der Geldmarkt etwas versteift, was offenbar mit dem bevorstehenden Ultimo zusammenhängt. Während die Kurse sonst fast allenthalben nachgaben, behielten die Montanwerte weiterhin ihre feste Haltung. Am Rentenmarkt wirkten die vorliegenden Nachrichten über ergebnislose Aufwertungsverhandlungen verstimmt, Kreditsanleihe ging zurück auf 89.

* Die Berliner Devisenbörse vom 21. Januar nennt am 1. i. h.: Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,03-20,09; holl. Gulden 169,35-169,77; Danz. 79,50-79,70; franz. Franc 22,62-22,68; bel. 21,08-21,14; schweiz. 80,88 bis 81,08; Italien 17,12-17,16; schwed. Krone 113,01 bis 113,29; dän. 74,71-74,89; norweg. 63,92-64,08.

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, 21. Januar. Auftrieb: Rinder 1313, darunter Bullen 418, Ochsen 370, Kühe und Färsen 525, Kälber 1917, Schafe 2317, Schweine 6597, Ziegen 10, Schweine aus dem Ausland 454. Preise: Ochsen a) 47-50, b) 41-44, c) 36-38, d) 32-35; Bullen a) 43-45, b) 39-41, c) 35-38; Kühe und Färsen a) 44-48, b) 37-41, c) 30-34, d) 24-27, e) 20-22; Kälber a) —, b) 85-95, c) 65-78, d) 48-60, e) 40-45; Stallmastschafe a) 42 bis 46, b) 34-40, c) 24-30; Schweine a) 74, b) 72-73, c) 71 bis 72, d) 68-70, e) 66-67, f) bis 65; Säue 65-68; Ziegen 15-20. Marktbefehl: Bei Rindern und Kälbern ziemlich glatt, bei Schafen fette Ware gesucht, sonst ruhig, bei Schweinen glatt. — Vom 3. bis 5. Mai d. J. Mastviehaussstellung.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr.		21. 1.	20. 1.	21. 1.	20. 1.
Weiz., märk.	237-264	259-266	Weizst. f. Brl.	16,7-16,8	16,7-16,8
pommerscher	—	—	Roßst. f. Brl.	16,7-16,8	16,7-16,8
Hogg., märk.	250-258	252-260	Raps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Wittor. Erbs.	30-32	30-33
Futtergerste	230-252	230-252	fl. Speiserbs.	20-23	20-23
Braugerste	280-312	280-313	Futtererbsen	20-20,5	20-20,5
Hafer, märk.	190-201	193-203	Beluchtsen	17,5-18	17,5-18,0
pommerscher	180-193	180-193	Aderbohnen	20-21	19-21
westpreuß.	181-193	—	Widen	16-18	16-18
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	13-13,5	13-13,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	16-17	16,5-17,5
Ein. br. inf.	—	—	Serabellen	17,5-18,5	17,5-18,5
Sad. (feinst.)	34,7-37,7	35-38	Kapstuch	19	18,2-19
Wrt. u. Not.	—	—	Leinfuch	26	26
Hoggenmehl	—	—	Frodenschl.	9,9-10	9,8
p. 100 Kil. fr.	—	—	ov. Zufsch.	—	—
Ein. br. inf.	34,7-37,7	35-38	Zoriml. 30/70	10	9,6-10
inf. Sad	—	—	Starkoffst.	20-20,7	19,8-20,3

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halber i. Westf.

Silatt Karten!

Karl Jung
Louise Jung

geb. Lausberg

Vermählte.

Edelkirchen, 23. Jan. 1925.

Am 24. Januar 1925

feiert der



M.G.V.
Rotthausen

Dirigent Herr Carl Seidemann
(Lehrer am Konservatorium in Hagen)

sein diesjähriges

Winterfest

in der Turnhalle zu Schalksmühle,
bestehend aus

Konzert, theatr.
Auführungen
mit nachfolgendem Ball,

unter gütiger Mitwirkung

des Männer-Quartetts „Glocke“ Haspe,
d. Gelgenvirtuosen Herr Aug. Seidemann
Fräulein Giesela Breucker, Geige,
und des Hagenor Solo-Orchesters.

Anfang 7 1/2 Uhr Kassenöffnung 6 1/2 Uhr
abends.

Unsere verehrlichen Ehren- und
passiven Mitglieder sind hierzu be-
sonders eingeladen.

Empfehle: Obstbäume

in allen Formen und bester Qualität,
garantiert sortenecht zu mäßigen Preisen.
Bei Freud u. Leid Innendekoration.
sowie Anfertigung von Bindereien
— in geschmackvoller Ausführung. —

Als schöne
Geschenke große Auswahl in
Blumenkörbchen. Topfblumen
von 1 Mk. an.

Fritz Vormann,
Gärtnerei,
Schalksmühle, Telefon 168.

Amt Lüdenscheld.

Sitzung der Gemeindevertretung Hülfsheid
ist anberaumt auf Freitag, den 23. Jan. d. J.
2.15 Uhr und findet in Heesfeld (Speleberg) statt.
Mitteilungen, Brückenbau, Schulangelegen-
heiten, Wege, Wahlen.

Der Amtmann.

Ordentl. Lehrlinge

für Kontor, Packstube und Werk-
zeugschlosserei werden zu Ostern eingestellt.

Märkisches Werk,
Hans Heide, Halber.

Zum sofortigen Eintritt größere Anzahl
Frauen, Mädchen,
jugendliche Arbeiter
gesucht.

Für Auswärtige wird Fahrt vergütet.

Ferner werden zu Ostern d. J.

je 1 Schlosser- u. Packerlehrling
sowie schulentlassene

Mädchen u. Burschen
eingestellt.

Peter Sessinghaus,
Schrauben- und Mutterfabrik,
Dahlebrück.

Erhalte am Freitag,
den 23. 1. eine Aus-
wahl hochtragende

Rübe

Wilt. Corbach,
Marienheide,
Telefon 17.

Große Mengen
gute

Muttererde

unentgeltlich abzugeben
bei
Aug. Plate,
Kierspe.

Tanz-Schule.

Zu dem am Samstag,
den 24. 1. 25. im Saale
des Herrn Rudolf Cru-
mmerl zu Bollwerk für
Kinder von 5 Uhr nachm.
für Erwachsene von 8
Uhr abends an, begin-
nenden

Unterricht für mod. Tänze
ladet ergebenst ein

Fr. Kattwinkel,
Tanzlehrer.

Geil. Anmeldungen
werden im genannten
Lokale entgegengenom-
men. Anzahlung Mk. 3.

Einige

Schulhammer-

schmiede

für leichte Hammer,
1 Werkzeugschlosser

sowie

einige Packer

fürs Lager stellen ein

Dresbach & Co.,
Halver.

Einige

jugdl. Burschen

für leichte saubere Arbeit
gesucht

Hamel & Crummenerl,
Ahele v. Oberbrügge.

Für sofort tüchtiger,
zuverlässiger

Rutscher

gesucht.
J. D. vom Brocke,
Halver.

Henkel's
Scheuerpulver
Afa
putzt reinigt alles!
Überall zu haben

Landwirtschaftlicher
Ortsverein Kierspe.

General-
Versammlung

Samstag, den 24. Jan.
nachm. 4.30 Uhr im
Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn
Dr. Schulte zur Dven
2. Rechnungsablage und
Festsetzung d. Beiträge
3. Jagdangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Turnverein
Grünenbaum.

Samstag, d. 24. d. M.
abends punkt 8 Uhr

Turnen

der Jugendabteilung.
Nichterfahren wird
streng bestraft
Der Leiter.